Morgen-Ausgabe
Nr. 428 — 69. Jahrgang

Berliner Volks-Zeitung

Erstes Beiblatt
Sonntag, 11. September 1921

Chefredakteur: Otto Nuschke

S.-A. 5 U. 28 M. morgens
S.-U. 6 U. 24 M. abends

M.-A. 8 U. 25 M. nachm.
M.-U. — U. — M.

Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin SW.

Der Stadtverordnetenwahlkampf beginnt!

Wahlaufruf der Demokraten.

Von dem Wahlausschuß der Deutschen demokratischen Partei Berlin werden wir um Aufnahme des folgenden Wahlaufrufs gebeten:

Wähler und Wählerinnen von Groß-Berlin!

Am 16. Oktober wird die Zukunft von Groß-Berlin entschieden!

In den wenigen Monaten ihrer unumschränkten Herrschaft hat die sozialistisch-kommunistische Mehrheit über unsere Stadtgemeinde die schwersten Gefahren heraufbeschworen: Verfall der Wirtschaft, Auflösung der Verwaltung, Niedergang des Bildungswesens.

Verschärft wurden die Gefahren von links durch jene Rechtsradikalen, die in Schicksalsfragen, wie der Oberbürgermeisterwahl, mit der äußersten Linken zusammenstimmten.

Der Zusammenbruch kann nur abgewendet werden, wenn die sozialistisch-kommunistische Mehrheit beseitigt und **durch eine Arbeitsgemeinschaft der Mitte ersetzt** wird, gebildet aus Männern und Frauen, die auf dem Boden der geltenden Staatsordnung, im übrigen aber unter Zurückstellung politischer Gegensätze, entschlossen sind, Berlin zu retten.

Die Deutsche demokratische Partei ist bereit und berufen, hierbei führend mitzuwirken. Sie erblickt ihre Hauptaufgabe in der Verwirklichung folgender Ziele: Die **Selbstverwaltung** im Sinne ihres Begründers, des Freiherrn vom Stein, muß neu erkämpft und gegen jeden Druck, von welcher Seite er auch ausgehe, entschlossen geschützt werden. In allen Zweigen des städtischen Haushalts muß strengste Sparsamkeit herrschen; keine wie immer geartete Ausgabe darf ohne Deckung bewilligt werden.

Der **Privatwirtschaft** muß Freiheit der Betätigung gewährt, der Bedrängung von Industrie und Handel, Handwerk und Gewerbe durch unfruchtbare Kommunisierung Einheit getan und bei den bestehenden städtischen Betrieben die Privatwirtschaft beteiligt werden.

Die Lebensfähigkeit des **Hausbesitzes** muß auch unter den schwierigen Verhältnissen der Gegenwart gesichert werden.

Die **Verwaltung** Groß-Berlins muß vorgebildeten Kräften nach dem Gesichtspunkte sachlicher Eignung anvertraut und von unfähigen Parteigünstlingen und Nichtstuern gesäubert werden.

Begründeten Forderungen der **Beamten, Angestellten und Arbeitern** muß Rechnung getragen werden. Jedem Terror ist aufs schärfste entgegenzutreten.

Unter **Bildungswesen** muß von den Experimenten weltfremder Schwärmer bewahrt, hingegen unter fachmännischer Leitung ausgestaltet und verbessert, insbesondere der Zugang zu den höheren Lehranstalten begabten Kindern ohne Rücksicht auf die Vermögenslage der Eltern ermöglicht werden. In allen Schulen ist die Jugend im Geiste nationaler Demokratie zur Arbeit und staatsbürgerlichen Gesinnung zu erziehen.

Zur Durchführung unserer dem Wohl aller Teile der Bevölkerung dienenden Forderungen rechnen wir nicht allein auf das Zusammenwirken mit den nichtsozialistischen Nachbarparteien. Vielmehr drängen wir keineswegs die Notwendigkeit, auch diejenigen Kreise der Sozialdemokratie, die sich ihrer Pflichten gegen die Gesamtheit bewußt sind, zur Mitarbeit und Mitverantwortung heranzuziehen, um die klaffenden Gegensätze innerhalb unserer Volksgemeinschaft zu überbrücken. Das kann aber nur erreicht werden, wenn diese Kreise durch Beseitigung der bisherigen Mehrheit aus dem Schlepptau der kommunistischen Moskaugarde befreit sind.

Mitbürger! Mitbürgerinnen! Wollt ihr Groß-Berlin vor der herrschenden Mißwirtschaft erlösen, wollt ihr es bewahren vor einer gleich verderblichen, den Klassen- und Rassenhaß verschärfenden Vormacht der Rechtsradikalen, wollt ihr statt unwürdiger Zänkereien endlich wieder nützliche Arbeit im Stadtparlament,

dann werbt und stimmt für die Listen der Deutschen demokratischen Partei!

Der Kopf der „Berliner Volkszeitung" zeigt heute ein anderes Bild. Den „Stand der Mark" und „die Lebensmittelpreise von heute" werden wir von jetzt ab auf der ersten Seite des Hauptblattes veröffentlichen, um das Interesse unserer Leser an diesen Notwendigkeiten sofort zu befriedigen. Am heutigen Sonntag geschieht dies in der Morgennummer, von Montag ab wird die Abendnummer den neuen Kopf tragen. Dadurch ist es möglich, unsere Leser schneller und übersichtlicher über den Wechsel des Markkurses und über die neuen Preise der Lebensmittel zu unterrichten. Im Morgenblatt werden wir am Kopf der ersten Beilage fortan nur noch den täglichen Barometerstand und den täglichen Stand von Sonne und Mond mitteilen. Wir hoffen, daß diese neue Anordnung, die zum Nutzen unserer Leser vorgenommen worden ist, künftig ihr erhöhtes Interesse findet.

Die Kur- und Pflegekosten in den Berliner Krankenanstalten sollen auf 25 Mark bzw. 60 und 100 Mark pro Tag erhöht werden, weil die Ausgaben stark gestiegen sind.

390 Mark für ein Zwanzigmarkstück. Der Ankauf von Gold für das Reich durch die Reichsbank und Post erfolgt in dieser Woche zum Preise von 390 Mark für ein Zwanzigmarkstück, 195 Mark für ein Zehnmarkstück. Für ein Kilogramm Feingold zahlt die Reichsbank 54 600 Mark und für die ausländischen Goldmünzen entsprechende Preise.

Der Reichsverband der Deutschen Presse (Bezirksverband Berlin) veranstaltet am 8. Oktober, 8½ Uhr abends, in den Gesamträumen der Philharmonie, ein Herbstfest. Mitglieder der Berliner Kunst-, Bühnen- und Zeitungsvereine haben sich hierfür zur Verfügung gestellt. Das Fest beginnt mit einem Konzert im Hauptsaal, dem sich der Ball anschließt. Außerdem befindet sich im Oberlichtsaal ein Kabarett.

Studentenhilfe der Groß-Berliner Gastwirte. Der Obermeister der Gastwirteinnung zu Berlin, Gustav Lücke, wendet sich in einem Aufruf an seine Groß-Berliner Kollegen sowie an die Brauereien und Großlieferanten des Gastwirtsgewerbes und fordert sie unter Hinweis auf die große Not in unserer akademischen Jugend auf, Freitische für Mittag- und Abendessen in möglichst großem Umfange zur Verfügung zu stellen, um wenigstens zu einem Teil die ungeheuer schwierigen Verhältnisse, unter denen die Studierenden der Universität und der Technischen Hochschule sich durchkämpfen müssen, zu erleichtern.

Verschandelung des Straßenbildes durch Plakate. An den Magistrat Berlin sind verschiedene Zuschriften gerichtet worden, worin der Wunsch zum Ausdruck kommt, es möge bei dem kommenden Wahlkampf darauf gesehen werden, daß das Straßenbild nicht wieder, wie bei den vorangegangenen Wahlen, durch Bekleben mit Plakaten aller Art allzusehr verunziert werde. In einer Zuschrift wird empfohlen, die Parteien möchten eine Vereinbarung dahingehen treffen, Bäume, Kästen, Pfosten und solche Wände, von denen die Plakate und Aufschriften sich schwer wieder entfernen lassen, oder Formen der Wahlreklame, bei denen die Entfernung nur schwierig und mit erheblichen Kosten oder mit Beschädigung verknüpft ist, zu unterlassen. Der Magistrat ist mit dem Grundgedanken dieser Zuschrift einverstanden, ist aber nicht in der Lage, in dieser Beziehung Verbote zu erlassen. Er kann sich nur dem Verlangen anschließen, die Parteien möchten diesen Wünschen möglichst nachkommen.

Max Klante verschwunden!

Der Haftbefehl der Staatsanwaltschaft. — Klante angeblich im Sanatorium? Die Familie gleichfalls entflohen.

Max Klante, der vielgenannte Begründer und Inhaber des Klante-Konzerns, mit dem dieser ganze unheilvolle Wettkonzernrummel seinen Anfang nahm und mit dem er auch sein Ende finden mußte, ist **geflohen.** Dem inneren Zusammenbruch des Unternehmens, der Einsichtigen längst offenbar war, ist der völlige Zusammenbruch Klantes selbst gefolgt. Ueber die Vorgänge, die sich in den letzten Tagen im Hause Klantes und in seiner Umgebung abspielten, erfahren wir folgendes:

Klante ist am Donnerstag früh zum letzten Male in Karlshorst gesehen worden. Er besaß dort an der Ecke Auguste-Viktoria-Straße und Wildensteiner Straße eine geräumige Villa, nicht eine Dreizimmerwohnung, von der er in den Versammlungen sprach. Er bewohnte dieses Grundstück, „Villa Röschen" benannt, mit seiner Frau, seinen drei Kindern, zwei Mädchen im Alter von 12 und 10 Jahren und einem Knaben von 9 Jahren. Das Hauspersonal bestand zuletzt nur aus einem Dienstmädchen und einem Burschen. Der Kammerdiener, den sich Klante zu seiner persönlichen Bedienung hielt, war vor einigen Wochen entlassen worden. Es ist festgestellt, daß Klante sein Aeußeres stark verändert, bevor er aus Karlshorst verschwand. Er ließ sich am Donnerstag früh von dem Barbier, der ihn täglich bediente, das Haar, das er bis dahin auffallend lang trug, kurz scheren und seinen Schnurrbart abnehmen. Gegen neun Uhr vormittags fuhr Klante in seinem Automobil, einem schnellen geschlossenen Luxuswagen, in Begleitung eines zweiten Herrn davon, wobei er selbst steuerte. In seinem Besitz befindet sich außerdem ein 100-pferdiger Mercedes, für den er einen Chauffeur angenommen hatte. Dieser Wagen ist seit Dienstag in Karlshorst nicht mehr gesehen worden. Angeblich soll er auf einer Reise in Dresden defekt geworden sein.

Die Familie Klantes blieb vorerst in der Karlshorster Wohnung. In der Nacht zum Sonnabend führte Frau Klante, wie ermittelt wurde, ein Ferngespräch. Gegen 12 Uhr nachts fuhren drei Automobile vor der Villa vor. Die Frau und ihre beiden Töchter bestiegen in Hast die Wagen, der kleine Sohn wurde aus seinem Bette geholt und nur mit dem Hemd bekleidet in den Wagen gesetzt. Eine Anzahl Gepäckstücke wurde in aller Eile in den Automobilen verstaut, die mit unbekanntem Ziel davonfuhren.

Das Dienstmädchen und der Bursche waren auf zwei Monate im voraus entlohnt worden. Von glaubwürdiger Seite wird behauptet, daß Klante einen mit Goldstücken, goldenen Uhren, Brillanten und sonstigen Wertsachen gefüllten Reisekoffer bei seiner Abreise mitgenommen habe. Da diese Vorgänge nicht unbemerkt geblieben waren und auch die Polizei Nachricht davon erhielt schritt gestern die **Staatsanwaltschaft III** zu Berlin ein und **erließ gestern gegen Max Klante einen Haftbefehl,** Beamte der Berliner Kriminalpolizei begaben sich gestern nachmittag nach Karlshorst, wo sie natürlich das Nest leer fanden. Die Beamten waren bis in die späten Abendstunden bemüht, über den Aufenthaltsort Klantes etwas in Erfahrung zu bringen, jedoch lieferten die Ermittlungen bisher kein positives Resultat.

Die zahlreichen Anhänger und Kunden Klantes, auch die Kontrollkommission des Unternehmens und der mit der Abwicklung der Geschäfte betraute Rechtsbeistand Klantes standen gestern den hier geschilderten Ereignissen noch ahnungslos gegenüber. Noch am Dienstag hatte im Beisein Klantes eine Sitzung der Kommission stattgefunden, und die Bücherrevisoren sind seit Tagen mit einem Dutzend Hilfskräften dabei, die Bücher des Konzerns zu prüfen und den Status festzustellen. Durch die Flucht Klantes wird dieser Versuch, die vorhandenen in viele Millionen gehenden Werte und Barbestände den Gläubigern zu erhalten, schwer gefährdet. Im Auftrag der Kommission wurde gestern folgende Darstellung des Sachverhalts gegeben:

„Max Klante, der bekannte Inhaber des Sportkonzerns Klante, hat in diesen Tagen, anläßlich eines neuerdings zur Sicherung seiner persönlichen Einkommensteuer vom Finanzamt verhängten Steuerarrests von über 1 Million Mark, einen Nervenzusammenbruch erlitten. Auf Anraten seines Verteidigers, Rechtsanwalt Blumberg, hat er zur künftigen Leitung des Sportkonzerns zwei mit der Sache vertraute Mitarbeiter als Geschäftsführer bestellt und selbst ein Sanatorium aufgesucht. Rechtsanwalt Blumberg hat den Aufenthalt Klantes dem bereits mit dem Strafverfahren befaßten Staatsanwalt mitgeteilt mit dem ausdrücklichen Bemerken, Klante wolle sich nicht etpa seiner Verantwortung entziehen, sondern werde jederzeit vor seinen Richtern erscheinen. Die getroffene Maßnahme sei vielmehr nach Ansicht der Aerzte unbedingt nötig gewesen, um Klante für die kommenden Ereignisse wieder verhandlungsfähig zu machen."

Inwieweit die Darstellung der Kommission zutrifft, insbesondere, ob Klante tatsächlich sich in ein Sanatorium begeben hat, bleibt abzuwarten. Die Wahrscheinlichkeit spricht gegen diese Annahme. Vielmehr deutet alles auf Flucht und völligen Zusammenbruch.

Wieder ein Ueberfall auf einen Chauffeur.

Die Täter nach längerer Jagd ergriffen.

In der letzten Zeit wurden, wie wir berichteten, wiederholt Anschläge auf Chauffeure verübt. Bisher gelang es trotz eifrigen Nachforschens nicht, den Verbrechern auf die Spur zu kommen. In der gestrigen Nacht gelang es, zwei Fahrgäste, die wieder einen Ueberfall versucht hatten, nach längerer Jagd zu stellen und dingfest zu machen. Es wird angenommen, daß die Verhafteten auch die früheren Anschläge verübt haben. Ueber den neuen Ueberfall erfahren wir folgende Einzelheiten:

Ein Chauffeur, der mit seinem Wagen am Potsdamer Platz hielt, wurde von zwei jungen Leuten aufgefordert, sie nach Potsdam zu fahren. Nachdem man sich über den Fahrpreis geeinigt hatte, fuhr der Chauffeur die Potsdamer Chaussee entlang. In der Nähe des Mittelbachweges erhielt der Wagenführer plötzlich von seinen Fahrgästen einen wuchtigen Schlag mit einem Pistolenkolben auf den Kopf. Der Führer brach zusammen und verlor die Gewalt über den Wagen, der gegen einen Baum rannte und nicht unerheblich beschädigt wurde. Weder der Chauffeur noch die Fahrgäste erlitten jedoch Verletzungen. Der Wagenführer konnte trotz der Wunde am Kopf noch um Hilfe rufen und so sahen sich die Räuber gezwungen, die Flucht zu ergreifen. Der Ueberfallene begab sich zu einem in der Nähe befindlichen Restaurant und ließ dort die Polizei alarmieren. Diese nahm die Verfolgung der Täter auf und besetzte die Bahnhöfe. Zunächst gelang es, einen von ihnen auf dem Bahnhof Wannsee zu fassen. Der zweite wurde auf dem Bahnhof Nikolassee beobachtet, als er in einen Zug sprang. Ein Beamter fand jedoch noch Zeit, ebenfalls den Zug zu besteigen. Der Verbrecher, der dies bemerkt hatte, sprang auf der anderen Seite wieder aus dem fahrenden Zug. Auch dorthin setzte ihm der Beamte nach. Trotzdem der Verbrecher mit der Waffe seinen Verfolger von sich abhalten wollte, griff dieser zu, überwältigte den Räuber und brachte ihn zur Wache. Die Verhafteten, deren Persönlichkeit noch festgestellt werden muß, wollen aus Hamburg stammen. Es besteht der dringende Verdacht, daß sie auch andere Ueberfälle auf dem Kerbholz haben. Ueberfallene Chauffeure wollen sich zwecks Gegenüberstellung mit den Verhafteten im Zimmer 80 des Berliner Polizeipräsidiums melden.

Die 144. Brotkommission, Siemensstraße 20, wird am 30. September dieses Jahres nach Bremer Straße 13—17 verlegt und dort mit der 184. Brotkommission vereinigt. Die vergrößerte 184. Brotkommission leitet Rektor Oestreich.

Fachklassen für Maschinenschreiben und Kurzschrift. Zur Ausbildung von tüchtigen Maschinenschreiberinnen sind an drei städtischen Wahlvorbildungsschulen für Mädchen Fachklassen für Maschinenschreiben und Kurzschrift eingerichtet, nämlich: SW. 61, Hohenstaufenstraße 8. C. 2, Hinter der Garnisonkirche 2 (nahe Bahnhof Börse), N. 20, Hochstraße 46. Der Kursus hat bei 30 Wochenstunden Unterricht das Ziel, schreibgewandte und kaufmännisch geschulte Stenotypistinnen heranzubilden. Er dauert ein Jahr. Die Teilnahme an dem Kursus wird mit über Halbjahren auf den Besuch der Pflichtfortbildungsschule angerechnet. Das Schulgeld beträgt halbjährlich 110 Mark und kann in vierteljährlichen Raten entrichtet werden. Der neue Kursus beginnt am 10. Oktober; Anmeldung täglich in den Bureaus der betreffenden Schulen.

Der Magistrat nimmt den Schiedsspruch an.

Der neue städtische Lohntarif. — Die neuen Erhöhungen der Gas-, Wasser- und Elektrizitätspreise.

Der Magistrat Berlin hat gestern beschlossen, den Schiedsspruch betreffend die Lohnerhöhung für die städtischen Arbeiter vom 7. September anzunehmen. Eine dringliche Vorlage wird deshalb schon zum nächsten Donnerstag der Stadtverordnetenversammlung eingereicht werden. Der Magistrat wird die Erhöhung der Gehälter und Löhne untrennbar mit der Deckungsfrage beantragen und für die Deckung vorschlagen, den Gaspreis auf 1,75 Mark, den Preis für elektrisches Licht auf 3,50 Mark und für Wasser auf 1 Mark zu erhöhen und außerdem die Sätze der Gewerbesteuer für 1921 nachträglich in den vier Steuerklassen auf 300, 500, 750 und 1000 Mark zu steigern. Eine Tariferhöhung bei der Straßenbahn ist einstweilen abgelehnt worden, da diese hofft, die ihr erwachsenden Mehrausgaben infolge der gestiegenen Bahnbenutzung einstweilen selbst decken zu können. Die Mehrausgaben für den Rest des Rechnungsjahres betragen für Gehälter und Löhne 176 Millionen Mark. Die Mehreinnahmen 147 Millionen Mark. Für den Rest von 29 Millionen Mark bleibt die Deckung offen. Es soll versucht werden, diesen Betrag durch Ersparnisse bei den Gaswerken, Verminderung der Zahl der Arbeiter unter Gewährung von Abfindgeld wenigstens teilweise aufzubringen.

Was die Anerkennung der Angestellten der städtischen Werkeund Häfen als Beamte anbetrifft, so hat der Magistrat von der Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches durch den Demobilmachungskommissar Kenntnis genommen, glaubte aber, in dieser schwerwiegenden und bedeutungsvollen Frage noch die Stellungnahme des Reichsarbeitsministers abwarten zu sollen, der jetzt angerufen werden soll.

Dieser Beschluß des Magistrats hat unter den Funktionären der städtischen Elektrizitäts- und Gaswerke, sowie der Häfen, die am gestrigen Nachmittag zu einer Konferenz zusammentraten, Erregung hervorgerufen. Die Versammelten beschlossen einstimmig, den Streik der Angestellten in den städtischen Werken zu proklamieren. Ueber den Zeitpunkt der Arbeitsniederlegung wurden bis zur Stunde noch keine definitiven Beschlüsse gefaßt.

Im Wintergarten bereitet das Septemberprogramm auf die Wintersaison vor. Von den Darbietungen steht im Vordergrund Darmora in ihren Tänzen, die eine gute Schule verraten; sie tanzt einen Schlangentanz, einen Mazurka und einen türkischen Tanz mit hervorragender Technik. Zwei Typen von besonderer Art sind die beiden Straßenmusikanten Dollesch und Zillbauer; sie besitzen Humor und musikalisches Verständnis. Mit demselben Erfolge wie sie produzieren sich in einem hervorragenden Balanzakt die zwei Orantos. Den Clou des Abends bietet das Mysterium „Die Frau in der Kiste". Diese Attraktion ist schon aus früheren Jahren bekannt, sie löst aber immer wieder dieselbe Spannung und dasselbe Interesse aus. Das Programm wird noch durch gute Hundedressuren und andere ausgezeichnete Darbietungen vervollständigt.

Afa-Betriebsräte und Angestelltenräte! Der Allgemeine freie Angestelltenbund bittet uns um Veröffentlichung folgender Zuschrift: „Wir bitten unsere Betriebs- und Angestelltenräte, die ihnen zugegangenen Listen für Oberschlesienhilfe und für Ruhlandhilfe sobald wie möglich mit uns abzurechnen bzw. die Listen an uns zurückzugeben, da wir die eingesammelten Gelder und die Listen bis spätestens Montag, 19. d. M., weiterleiten müssen. Diejenigen, die bisher für ihren Betrieb noch keine Listen erhalten haben, wollen sich an unsere Geschäftsstelle, Berlin SW. 61, Belle-Alliancestraße 7/10, III, in der Zeit von 9 bis 3 Uhr, Sonnabends von 9 bis 1 Uhr, außerdem Montag und Freitag von 5 bis 7 Uhr, wenden. Die Listen, die von uns ausgegangen sind, dürfen nur mit uns abgerechnet werden.